



### Presseschau vom 26.09.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten [dnr-online](#), [lnr-portal](#), [Novorossia](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken [dan-news](#), [lug-info](#). Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. [BigMir](#), [UNIAN](#), [Ukrinform](#), [KorrespondenT](#) und die Online-Zeitung [Timer aus Odessa](#) ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen **aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot** ([dnr-online](#), [lnr-portal](#), [Novorossia](#), [dan-news](#), [lug-info](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a.) und **ukrainische Quellen in Blau** ([BigMir](#), [Ukrinform](#), [UNIAN](#), [KorrespondenT](#) und [Timer](#)) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen **aus Sozialen Netzwerken** sind **violett** gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

#### vormittags:

de.sputniknews.com: Auf Russland abgezielt: Vize-Außenminister kritisiert Baupläne von US-Basis in Polen.

Der russische Vize-Außenminister Alexander Gruschko hat die mögliche Stationierung eines US-Militärstützpunktes in Polen heftig kritisiert und erläutert, welche Gegenmaßnahmen Russland in diesem Fall ergreifen könnte.

Laut Gruschko würde solch ein Schritt bedeuten, dass „die USA und ihre Verbündeten de facto die Schemata zur Gewährleistung der Sicherheit aus den Zeiten des Kalten Krieges“ einsetzen.

Der Politiker betonte, dass Russland aus vielen Gründen eine ablehnende Haltung zur Errichtung dieses Stützpunktes einnehme. Dies werde „zur Verschlimmerung der Situation im Sicherheitsbereich“ führen und „den Interessen der gesamteuropäischen Sicherheit“ schaden. Russland werde in diesem Zusammenhang „militärtechnische Sicherheitsmaßnahmen benötigen, die unsere Sicherheit unter den neuen Bedingungen gewährleisten“. Gruschko zufolge gibt es „unterschiedliche Möglichkeiten, darunter auch preiswerte, wie man unsere Sicherheit stärken kann“.

Der Diplomat unterstrich, dass die Nato-Russland-Grundakte „direkt die Stationierung wesentlicher Kampfkräfte auf ständiger Grundlage verbietet“, das heißt, dass der Bau des Stützpunktes die Nato-Russland-Grundakte „zerstören“ werde.

Gruschko verwies auf die Gefahr „des Teufelskreises des Wettrüstens“, das mit „einer feindlichen Rhetorik“ begleitet sei. Der Bau des Stützpunktes ist es ihm zufolge „absolut illegitim“. Die Aussagen, wonach „Russland irgendwelche aggressiven Pläne in Bezug auf die baltischen Länder und Polen schmiedet“, sind „völliger Blödsinn“.

Der russische Vize-Außenminister warnte dabei vor „einem Knallgemisch aus feindlicher Propaganda, feindlicher Politik und feindlicher Militärplanung“. Die Errichtung der Basis nahe den russischen Grenzen zielt ihm zufolge auf „die Projizierung der Macht in Richtung der russischen Grenze“ ab.

Zuvor hatte US-Präsident Donald Trump erklärt, Washington ziehe Warschaus Bitte um eine permanente US-Militärbasis in Polen ernsthaft in Betracht. Der Militärstützpunkt soll zum Schutz gegen eine „russische Aggression“ dienen.

Moskau protestiert gegen diese Pläne und verweist seinerseits darauf, dass die Ostexpansion der Nato die Stabilität in Europa untergrabe. Das russische Außenministerium hatte im Mai die mögliche Stationierung einer US-Basis in Polen als einen Verstoß gegen die Nato-Russland-Grundakte bezeichnet. Das Dokument, das im Jahr 1997 in Paris unterzeichnet wurde, begrenzt je nach der Sicherheitslage die permanente Stationierung von Truppen in den neuen Nato-Mitgliedsstaaten.

Polen war im Jahr 1999 zusammen mit Ungarn und Tschechien der Nato beigetreten. Das Land hat wiederholt um eine US-Militärbasis auf seinem Territorium gebeten. Derzeit sind US-Truppen nicht dauerhaft in Polen stationiert, sondern sie rotieren dort alle neun Monate, um die Ostflanke der Nato zu sichern, werden nach diesem Zeitraum aber wieder abgezogen.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32236/82/322368239.jpg>

lug-info.com: In den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen zweimal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von Kalinowo und Losowoje.

Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern, Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: USA stärken ukrainische Marine mit 30-jährigen Booten.

Der Küstenschutz der USA will den ukrainischen Seestreitkräften zwei ausgemusterte Patrouillenboote der Klasse „Island“ übergeben, wie auf der Homepage der US-Behörde am Dienstag mitgeteilt wurde.

Die Übergabeceremonie der 1988 gebauten Boote Drummond (WPB-1323) und Cushing (WPB-1321) soll laut dieser Mitteilung am Donnerstag in Anwesenheit des Präsidenten der Ukraine, Petro Poroschenko, in Baltimore (Bundesstaat Maryland) stattfinden.

Zuvor waren Schiffe dieser Art bereits an Georgien und Costa Rica übergeben worden. In den Jahren 1985 bis 1992 hatte der amerikanische Küstenschutz 49 Patrouillenboote der Klasse „Island“ in Dienst gestellt.

*Streitigkeiten mit Russland im Asowschen Meer*

Die Situation um die Seefahrt rund um die Krim sowie im Asowschen Meer spitzt sich seit

Jahresanfang zu. Im März hatte die Ukraine den russischen Fischkutter „Nord“ aufgebracht. Der Kapitän des Schiffes wurde beschuldigt, die Krim illegal besucht zu haben. Dabei soll er „darauf abgezielt haben, staatlichen Interessen zu schaden“. Im August war das russische Tankschiff „Mechanik Pogodin“ im Hafen von Cherson aufgebracht worden. Kiew wirft Moskau vor, Schiffe beim Anlaufen der ukrainischen Häfen über die Straße von Kertsch zu blockieren. Die Schiffe würden lange Zeit liegen bleiben, während ihre Besitzer Verluste erleiden würden, hieß es. Das Grenzschutz-Departement des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB auf der Krim gab in diesem Zusammenhang bekannt, die Kontrollen der ausländischen Schiffe würden im Einklang mit dem internationalen Seerecht erfolgen. Die Reeder sollen keine Kritik geübt oder Ansprüche erhoben haben. Später hieß es aus Kiew, man wolle die militärische Präsenz in der Region verstärken. Es wurde mitgeteilt, Kiew werde Truppen an die Küste des Asowschen Meeres verlegen und dort bis zum Jahresende einen Marinestützpunkt einrichten. Wie im August der Botschafter der Ukraine in den USA, Valeri Tschaly, erklärte, brauche sein Land die amerikanischen Patrouillenboote „zur Verstärkung der Möglichkeiten im Schwarzmeerraum“.

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum von 25. September 3:00 Uhr bis 26. September 3:00 Uhr  
Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 21.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Sajzewo (Jushnoje), Donezk (Siedlung des Trudowski-Bergwerks), Spartak, Alexandrowka, Staromichajlowka, Mineralnoje, Krutaja Balka, Leninskoje, Sachanka, Kominternowo.** Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Zerstörungen von Wohnhäusern und ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

**Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 217.**

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 488.

Ab 00:01 Uhr am 29. August 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regime der Feueinstellung im Zusammenhang mit Beginn des Schuljahrs – der „Schul“-Waffenstillstand – in Kraft.

de.sputniknews.com: Nukleare Bedrohung geht von diesen drei Staaten aus – Pentagon-Chef. Der Pentagon-Chef James Mattis hat während seiner Rede am Virginia Military Institute erklärt, dass die nukleare Bedrohung von drei Staaten ausgehe. Darüber berichtet die offizielle Homepage des amerikanischen Verteidigungsministeriums.

In Bezug auf Außenbedrohungen sagte Mattis, dass die nukleare Bedrohung von drei Staaten ausgehe. Vor allem gehe sie von Russland aus, weniger – von den Atomwaffen Chinas und Nordkoreas. Dabei gelte nun Nordkorea als akutes Problem für das Land.

Mattis betonte dabei, dass über die nukleare Bedrohung nicht so viel gesprochen werde, aber „das ist eine reale Bedrohung“. „Ein Atomkrieg kann nicht gewonnen werden, deswegen soll

er nie geführt werden“, fügte der Pentagon-Chef hinzu.

Anfang Februar hatte das amerikanische Verteidigungsministerium die neue Atomdoktrin veröffentlicht, in der den russischen Atomstreitkräften eine große Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Als weitere potenzielle Bedrohungen hat Washington Nordkorea, den Iran und China eingestuft.

Das amerikanische Verteidigungsministerium hat verkündet, sich auf den Ausbau der Mini-Nukes zu konzentrieren und weiterhin Geld für die Modernisierung der Atomstreitkräfte sowie für den Ausbau der Nuklearen Triade (interkontinentale Raketen, strategische U-Boote und Bombenflugzeuge) auszugeben.



<https://cdn.de1.img.sputniknews.com/images/32243/77/322437730.jpg>

de.sputniknews.com: New York: Poroschenko reagiert mit „Fake News“ auf Frage russischer Journalisten.

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat im UN-Gebäude als Antwort auf eine Frage der russischen Journalisten über die Friedenstruppen im Donbass „Fake News“ geschrien. Die Mitarbeiter des russischen TV-Senders „Rossija 24“ haben ein Sujet in der Wandelhalle des UN-Gebäudes im Rahmen der 73. Vollversammlung der Vereinten Nationen gedreht, als dort der ukrainische Staatschef Petro Poroschenko erschien. Der Reporter fragte ihn nach der Initiative über die Verlegung von UN-Friedenstruppen in den Donbass. Poroschenko soll dabei bereits von Journalisten umgeben gewesen sein.

Der ukrainische Präsident schrie „Fake News!“ in die Kamera und soll in ein Sprechzimmer geflohen sein, das sich in der nächsten Nachbarschaft zum Raum der russischen Delegation befand.

Dabei berichten zahlreiche Medien, dass der ukrainische Präsident Petro Poroschenko offenbar aus Versehen plötzlich ins Sprechzimmer des russischen Außenministers Sergej Lawrow gekommen sei. Nach Angaben der russischen Tageszeitung „Kommersant“ irrte sich der ukrainische Staatschef in der Tür. Das Onlinemagazin RBC schreibt, Poroschenko habe rund 15 Sekunden gebraucht, um seinen Irrtum zu merken, und habe dann den Raum der russischen UN-Delegation wieder verlassen.





<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32243/75/322437553.jpg>

Dan-news.info: „Nach genaueren Informationen wurde gestern durch Beschluss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte in Kominternowo das Dach des Wohnhauses in der Achmatowa-Straße 15 beschädigt“, teilte die Vertretung der DVR im GZKK mit.

de.sputniknews.com: UNO wollte russischen Menschenrechtlern das Wort „Krim“ verbieten. Vertreter des Sekretariats der 39. Sitzung des UN-Menschenrechtsrats haben versucht, die Verwendung des Wortes „Krim“ in den Berichten russischer Menschenrechtler zu verhindern. Dies teilte der Leiter der Arbeitsgruppe der Krim-Vertretung bei dem russischen Präsidenten, Alexander Molochow, am Mittwoch mit.

Die Berichte wurden gemäß den Regeln der Vereinten Nationen im Voraus vorgelegt. Laut Molochow soll jemand versucht haben, sie zu korrigieren, woraufhin ein Briefwechsel zwischen der russischen Delegation und dem Sekretariat des UN-Menschenrechtsrates stattfand.

„Es handelte sich um die Tatsache, dass wir in unserem Bericht das Wort ‚Krim‘ überhaupt nicht verwenden dürfen, nur ‚Autonome Republik Krim‘ und kommasetrennt ‚Ukraine‘. Es kam zu einer Anekdote. Um die Absurdität der Situation zu betonen, haben wir im Ernst vorgeschlagen, die Wortfügung ‚Krimtataren‘ mit ‚ukrainischen Tataren‘ zu ersetzen“, sagte Molochow.

Schließlich sei es jedoch gelungen, das Problem zu lösen:

„Im Sekretariat des Menschenrechtsrats fanden sich offensichtlich vernünftiger Menschen, die begriffen, dass dies eine Idiotie sei, wonach all dieses Herumfackeln gestoppt wurde“, so Molochow weiter.

Er hat ebenso betont, dass bis zum letzten Moment unklar gewesen sei, ob er oder seine Kollegen zu Wort kommen würden.

#### **nachmittags:**

ukrinform.ua: Vize-Chef der OSZE-Mission in Ukraine Hug scheidet aus dem Amt.

Die Amtsdauer des Vize-Chefs der speziellen Mission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in der Ukraine, Alexander Hug, laufe am 31. Oktober ab. Dies teilte Hug der russischen Wirtschaftszeitung "Kommersant" mit.

"Die OSZE ist keine Karriere-Organisation. In ihren Strukturen arbeiten zu dürfen, ist auf höchstens zehn Jahre beschränkt. Ich habe dann den Höchstwert erreicht und gebe deshalb

mein Amt auf", sagte Hug.

Er äußerte Bedauern, dass „die von der Mission geleistete Arbeit davon zeugt, dass die Konfliktparteien im Donbass ihr grundlegendes Versprechen nicht eingehalten haben, das sie im Rahmen der Abkommen von Minsk abgaben".

„Mit politischem Willen hätte man die Sicherheitssituation in der Region stabilisieren können. Aber es fehlt bislang an diesem Willen", betonte Alexander Hug.



[https://static.ukrinform.com/photos/2017\\_11/thumb\\_files/630\\_360\\_1511504896-9896.jpg](https://static.ukrinform.com/photos/2017_11/thumb_files/630_360_1511504896-9896.jpg)

dnr-online.ru: Heute, am 26. September, hat das kommissarische Oberhaupt der DVR Denis Puschilin das Ausscheiden des ersten stellvertretenden Leiters der OSZE-Mission Alexander Hug aus seinem Amt kommentiert.

„Insgesamt kann ich über Alexander Hug sagen, dass wir verschiedene Perioden der Zusammenarbeit hatten. Es ist nicht immer gelungen, ein gegenseitiges Verständnis zu finden, aber dennoch hat das Positive überwogen.

Ich hoffe, dass der Nachfolger Alexander Hugs würdig ist und die Situation nicht verschlechtert.

Die OSZE-Mission arbeitet im Rahmen ihres Mandats, aber wir hätten gern offenere und gerechtere Bewertungen der Beschießungen. Deshalb, wenn wir absolut sicher sind, woher Geschosse kamen, und das festgehalten haben, dann zu sagen, dass einfach ein Geschoss flog, ruft bei unseren Bürger häufig mindestens Unverständnis aber auch gerechten Zorn hervor. Wir wissen, woher diese Geschosse kamen, durch die Infrastruktur zerstört wird, der Gesundheit der Menschen Schaden zugefügt wird und friedliche Einwohner sterben“, sagte Denis Puschilin.

de.sputniknews.com: Menschenrechtler: UNO von totaler Krim-Blockade durch Ukraine schockiert.

Die totale Blockade der Schwarzmeer-Halbinsel Krim durch die Ukraine hat die Teilnehmer der 39. Sitzung des UN-Menschenrechtsrats in Genf in Schock versetzt. Das gab der Leiter der Arbeitsgruppe für völkerrechtliche Fragen der Krim-Vertretung bei dem russischen Präsidenten, Alexander Molochow, am Mittwoch gegenüber Sputnik bekannt.

Ihm als Vertreter des Internationalen Rates für russische Landsleute war es seinen eigenen Worten zufolge gelungen, am Dienstag vor der Weltöffentlichkeit aufzutreten.

Unter anderem soll der Menschenrechtler in seiner Rede über die von den Kiewer Behörden verhängte Blockade bei der Wasser- und Energieversorgung sowie über die Lebensmittel-, Waren- und Verkehrsblockade berichtet haben.

„Für viele war es ein Schock. Die rechtswidrigen Handlungen der ukrainischen Behörden in den Jahren 2014 bis 2017 dienten als Faktoren, die zum Ausbruch einer humanitären Krise auf der Krim sowie zu massenhaften Verstößen gegen die Menschenrechte in der Region geführt hatten. Die sogenannten Krim-Sanktionen der USA, der EU und der Ukraine nehmen der Bevölkerung der Halbinsel den Zugang zu Strom, Wasser und anderen Naturressourcen“, sagte Molochow.

Wie Molochow weiter betonte, sei zudem die Bewegungsfreiheit der Krim-Bewohner beschränkt worden, als ihnen die EU im Jahr 2014 die Erteilung aller Arten europäischer Visa, darunter auch der Schengen-Visa, verweigert hätte.

All dies verhindere sowohl kulturelle als auch Verwandtschaftsbeziehungen der Krim-Diaspora.

Die Krim war im März 2014 – nach mehr als 20 Jahren in der unabhängigen Ukraine – wieder Russland beigetreten, nachdem die Bevölkerung der Halbinsel in einem Referendum mehrheitlich dafür gestimmt hatte. Die Volksabstimmung war von den örtlichen Behörden nach dem Februar-Umsturz in Kiew organisiert worden. Kiew betrachtet die Krim als „zeitweise okkupiertes Territorium“. Moskau hat allerdings schon mehrmals unterstrichen, dass der Beitritt der Halbinsel zu Russland nicht gegen das Völkerrecht und die UN-Charta verstoße.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32243/89/322438924.jpg>

Armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters des operativen Kommandos der DVR zur Lage am 26.09.2018:

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner die Gebiete von **elf Ortschaften beschossen**.

In **Richtung Gorlowka** haben die Kriegsverbrecher Tatus und Drapatyj von den Positionen der 72. mechanisierten Brigade und der 58. Panzergrenadierbrigade **Sajzewo** und die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** mit Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** haben die Terroristen auf Befehl der Kommandeure der 92. und der 28. mechanisierten Brigade Kokorjew und Martschenko sowie des Kommandeurs der 56. Panzergrenadierbrigade Iwanow mit Mörsern des Kalibers 120mm, Granatwerfern, Schützenpanzerwaffen, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen die Gebiete von **Spartak, Alexandrowka, Staromichajlowka, Trudowski, Mineralnoje und Krutaja Balka** beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben die Einheiten der 128. Gebirgsschützenbrigade und der 36. Marineinfanteriebrigade auf Befehl der Kriegsverbrecher Sobko und Gnatow mit Mörsern des Kalibers 82mm, Granatwerfern, Schützenpanzerwaffen, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen die Gebiete von **Sachanka, Kominternowo und Leninskoje** beschossen.

Während des Beschusses von Kominternowo wurde ein privates Haus in der Achmatowa-Straße beschädigt.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden **21 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** festgestellt. Auf das Territorium der Republik wurden 35 verschiedene Geschosse abgefeuert (Das operative Kommando zählt anders als das GZKK nur Mörser- und Artilleriegeschosse, sonstigen Granaten u. ä., Anm. d. Übers.).

Es wurde die **Aktivierung von Scharfschützen des Gegners in Richtung Donezk** festgestellt.

In den Verbänden und Truppenteilen der ukrainischen Streitkräfte in der OOS-Zone gibt es weiter Fälle von Diebstahl an Treibstoff und Material.

Der Verkauf von Treibstoff ist in den ukrainischen Streitkräften auf ein neues Niveau gelangt, und trotz aller Anstrengungen des SBU fährt die frontnahe Bevölkerung weiter mit militärischem Treibstoff. Während der Kontrollen der Vorräte an Material in der 28. mechanisierten Brigade wurde eine fiktive Abschreibung von 20 Tonnen Treibstoff festgestellt, der bereits für den Abtransport und den Verkauf an örtliche Unternehmen zum weiteren Verkauf an Tankstellen vorbereitet war. Außerdem wurde ein weiterer Fall von gegenseitig nutzbringendem Naturalienhandel festgestellt. So haben gestern, in der zweiten Tageshälfte, Soldaten der 28. Brigade einen Dieselgenerator gegen fünf Kästen Wodka eingetauscht, an dieser Informationen arbeiten Mitarbeiter des militärischen Rechtsordnungsdienstes und des SBU.

Etwas anderes sieht die Lage in der 72. mechanisierten Brigade aus, in der neben Problemen mit der Personalausstattung, die 45% nicht übersteigt, Probleme mit Vorräten an Treibstoff und anderem Material bestehen. Es wurde bemerkt, dass das Offizierspersonal gezwungen ist, Technik auf eigene Kosten und für Gelder, die durch Waffenverkauf eingenommen wurden, zu betanken.

Das moralisch-psychische Niveau der Soldaten und die militärische Disziplin in den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte bleiben kritisch niedrig.

Nach Informationen unserer Quellen in der 58. Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte wurde bekannt, dass im Verantwortungsbereich des 13. Bataillons der Brigade Mitarbeiter des militärischen Rechtsordnungsdienstes Soldaten des Bataillons festgenommen haben, die systematisch Drogen einnehmen. Außerdem bestehen weiter nicht ordnungsgemäße Beziehungen zwischen dem Kommando und dem normalen Personal. Die Soldaten, die zur Verzweiflung getrieben werden, greifen zu äußersten Maßnahmen wie Desertion und Selbstmord. So beging am 24. September ein Soldat der 58.

Panzergrenadierbrigade, der unter ständigem psychischen Druck von Seiten der Kommandos stand, Selbstmord.

Im Zusammenhang mit diesen Fällen ist ein Besuch einer Kommission des Stabs der OOS mit Vertretern des operativ-taktischen Gruppe „Ost“ geplant.

de.sputniknews.com: Poroschenko verkauft seine Werft am Dnjepr - Expertin:  
„Schrotthaufen“

Der Fonds „Prime Asset Capital“, der für die Verwaltung der Aktiva des ukrainischen Staatschefs Petro Poroschenko zuständig ist, hat sich mit einem einheimischen Käufer über den Verkauf der Schiffswerft „Kuznya na Rybalskomu“ am Dnjepr verständigt. Das teilte die Werft auf ihrer Webseite mit. Eine russische Expertin äußert sich dazu.

Wie aus der Mitteilung der Werft hervorgeht, warten die Teilnehmer des Deals nun darauf, dass die ukrainische Anti-Monopol-Behörde ihre Erlaubnis dazu gibt. Dann könne der entsprechende Vertrag unterzeichnet werden.

Wie Poroschenkos Sprecher, Swjatoslaw Zegolko, via Facebook bestätigte, verwaltet dieser Fonds tatsächlich Poroschenkos Aktiva.



Die Vizeleiterin des russischen Zentrums für geopolitische Begutachtungen, Natalija Makejewa, nahm in einem Sputnik-Gespräch zu dieser Situation Stellung.

„Das ist einfach ein populistischer aufschlussreicher Schritt. Er wird damit begründet, dass sich die ukrainischen Behörden nicht damit befasst hätten, was sie von der Sowjetunion bekommen haben. D. h., dass die Ressource so lange genutzt wurde, bis sie völlig abgenutzt war“, sagte Makejewa.

Deswegen stelle diese Werft höchstwahrscheinlich einen Schrotthaufen dar, aus der alles Wertvolle bereits herausgeholt worden sei. Diese könne bereits keinen mehr Nutzen bringen.

„Deshalb hat Poroschenko beschlossen, aus dieser Situation Nutzen zu ziehen und sie (die Werft – Anm. d. Red.) schön, demonstrativ zu verkaufen“, betonte Makejewa.

Die Schiffswerft „Kuznya na Rybalskomu“ in Kiew ist auf den Bau von Tankern für Chemieprodukte, Trockenfrachtern, Container- und Sonderschiffen sowie Gefriertrawlern, ebenso auf die Produktion von Dampfkesselanlagen und auf die Schiffsreparatur spezialisiert.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32244/03/322440397.jpg>

Mil-Inr.info: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko:

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht wesentlich verändert und bleibt angespannt.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **zweimal das Regime der Feuereinstellung verletzt**. Geschossen wurde auf die Gebiete der Ortschaften **Kalinowo** und **Losowoje**. Dabei haben die ukrainischen Kämpfer 82mm-Mörser, automatische Granatwerfer, großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen eingesetzt. Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik mehr als 20 verschiedene Geschosse abgefeuert.

Die ukrainischen Streitkräfte konzentrieren weiter Kräfte und Mittel an der Kontaktlinie.

In Popasnaja, im Verantwortungsbereich der 14. mechanisierten Brigade, wurde die Funktion einer **Radarstation der Artillerieaufklärung des Typs AN/TPQ-48 amerikanischer Herkunft** bemerkt. Die Station liefert Informationen für Mörsermannschaften der ukrainischen Streitkräfte, die Wohngebiete unserer Ortschaften beschießen. ...

Ich will Ihre Aufmerksamkeit auf unsere gestrige Erklärung zur Verletzung von fünf und zum Tod von zwei Soldaten der ukrainischen Streitkräfte infolge der Detonation eines ukrainischen Molot-Mörser lenken. Wie ich bereits annahm, haben die verlogenen ukrainischen Massenmedien auf Eingabe des Pressezentrams des Stabs der OOS nur von zwei verletzten Soldaten geschrieben, die übrigen fünf wurden heute als Verluste aufgrund von erdachtem Beschuss von unseren Positionen aus angegeben. ...

de.sputniknews.com: Trump hat Putins wichtigstes Anliegen erfüllt.

*Iwan Danilow*

US-Präsident Donald Trump und den Russlandhassern unter seinen Senatoren und Kongressmitgliedern ist etwas Unglaubliches gelungen: Russische Unternehmer ziehen ihre Gelder massenweise aus dem Westen nach Russland ab.

Kennzeichnend ist, dass dies keine Einschätzung der so genannten „Kreml-Propaganda“, sondern der US-amerikanischen Nachrichtenagentur Bloomberg ist.

Die von Washington verhängten Russland-Sanktionen haben die wichtigste US-Waffe im Kampf gegen Moskau „zerstört“: Die noch in den späten sowjetischen Zeiten entstandene Überzeugung eines großen Teils des russischen Establishments, der russische Staat wäre ein Betrüger und Feind, aber auch den Glauben daran, dass im Westen (im Unterschied zu Russland) das Eigentumsrecht absolut heilig ist und nie verletzt werden könnte.

Aber ein paar Sanktionen, die Dutzende Milliarden Dollar Verluste für die Unternehmen von Oleg Deripaska und Viktor Wekselberg zur Folge hatten, reichten aus, dass die Absurdität dieses Glaubens offensichtlich wurde.

Bloomberg-Journalisten machen dafür natürlich den Präsidenten Trump verantwortlich, der nach ihren Worten „Wladimir Putin helfen“ würde. Das ist eine ziemlich lustige Verschwörungstheorie, aber in Wirklichkeit hat die ganze Welt gesehen, wie die zahlreichen Russland-Sanktionen verhängt wurden. Und dabei kann man bestimmt nicht behaupten, Präsident Trump hätte dabei die Führungsrolle gespielt. Im Gegenteil: Er versuchte (allerdings ziemlich passiv), dagegen aufzutreten, konnte jedoch den Russlandhassern im Parlament kaum widerstehen.

Dabei hatte übrigens der Kreml-Chef Wladimir Putin noch vor 16 (!!!) Jahren die russischen Unternehmer, die ihre Aktiva in ausländischen Steueroasen aufbewahren, gewarnt:

„Es gibt allen Grund zu vermuten, dass das Verfahren zur Nutzung von Finanzmitteln in Steueroasen künftig verschärft wird. Ich behaupte nicht, man würde sie über Nacht einfrieren, aber im Falle solcher Entscheidungen (...) werden Sie viel Staub schlucken müssen, wenn Sie von einem Gericht zum anderen laufen werden, um Ihre Gelder wieder freizubekommen.“

Früher hatte ein großer Teil der russischen Großunternehmer die russische Jurisdiktion (und die russische Währung) demonstrativ ignoriert, indem sie sich auf die politischen und wirtschaftlichen Risiken in Russland beriefen. Jetzt aber sind viele von ihnen in eine solche Situation geraten, in der sie nicht nur um ihre Profite bangen, sondern um ihre Gelder überhaupt, die im Westen auf Eis gelegt wurden. Und wer sie zurückbekommt, findet sich mit dem Gedanken ab, dass er sein Geld nicht nur mit dem russischen Staat teilen muss, sondern es auch dort investieren muss, wo der Staat sagt.

Laut Quellen hat die Regierung in Moskau schon eine ganze Liste von Projekten zusammengestellt, für die private Investitionen in Höhe von insgesamt 7,1 Billionen Rubel (ein Euro entspricht aktuell ungefähr 77 Rubel) erforderlich sind.

Dabei sind die russischen Unternehmer nicht die einzigen, die vom Westen enttäuscht sind. Auch in China freunden sich viele Politiker und Geschäftsmänner mit der Realität an, dass die Freihandels- und Globalisierungsprinzipien den USA nichts wert sind. Kennzeichnend war die Ankündigung des chinesischen Milliardärs Jack Ma, dass er auf seine Pläne zu Großinvestitionen in den USA verzichten und sein Geld offenbar im Reich der Mitte anlegen müsse. Amerika wird das übrigens Millionen Arbeitsplätze kosten, die dort jetzt nicht entstehen.

Die Überzeugung der Amerikaner von ihrer „Auserwähltheit“ hat zu überraschenden Folgen geführt: In Washington glaubte man, dass die Eliten in Russland, China, EU-Ländern oder auch im Iran gegen ihre politische Führung rebellieren würden, um mit Amerika weiterhin befreundet zu bleiben. Doch in Wahrheit ist das Gegenteil passiert: Die USA haben sich von dem Muster für alle in ein Problem für alle verwandelt. Und früher oder später wird sich für dieses Problem eine angemessene Lösung finden.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32244/21/322442157.jpg>

dnr-online.ru: Heute hat das kommissarische Oberhaupt der DVR Denis Puschilin eine außerordentliche Sitzung aus Anlass eines Infektionsausbruchs in Makejewka einberufen. Daran nahmen der Bürgermeister von Makejewka Walerij Ljychowez, der Gesundheitsminister Alexandr Oprischtschenko und andere offizielle Personen teil. Die außerordentliche Sitzung fand im Zusammenhang mit Krankenhauseinlieferungen einiger Dutzend Einwohner von Makejewka, darunter Kinder, statt. Nach vorläufigen Informationen ist die Ursache der Vergiftung die nicht ausreichende Desinfektion des Trinkwassers. Im Zusammenhang mit einem Mangel an Chlor bei den entsprechenden Einrichtungen wird die Desinfektion zum Teil mit Mangan durchgeführt. Die Untersuchung der Ursachen des Infektionsausbruchs geht weiter. Derzeit ist die Situation mit Chlor normalisiert und das Trinkwasser entspricht den Normen. Das kommissarische Oberhaupt der Republik äußerte die Auffassung, dass die Führung der Stadt nicht ausreichend auf einen solchen Vorfall vorbereitet war. Außerdem ist die niedrige Operativität der Information der Bürger in Notfallsituationen offensichtlich. Im Zusammenhang damit wies Denis Puschilin an, operative Mechanismen zur Information der Bevölkerung zu erarbeiten und andere Maßnahmen zu ergreifen.

de.sputniknews.com: Israelische Delegation abserviert? Kreml kommentiert Zeitungsbericht. Kremlsprecher Dmitri Peskow hat den Bericht der israelischen Zeitung „Haaretz“, wonach Moskau eine israelische Delegation abblitzen ließ, als falsch zurückgewiesen. Zuvor hatte das Blatt berichtet, Russland habe den Vorstoß Israels, eine Delegation nach Moskau zu entsenden, ausgeschlagen.

„Nein, das stimmt nicht. In diesem Fall hat die Zeitung falsche Informationen verbreitet. Von Anfang an hat es ein Angebot seitens des israelischen Premierministers gegeben, eine Militärdelegation mit dem Chef der Luftwaffe an der Spitze zu entsenden, was auch gemacht wurde“, sagte Peskow am Mittwoch.

Der tragische Abschuss des russischen Aufklärungsflugzeugs vom Typ Il-20 über Syrien hat das Verhältnis zwischen Israel und Russland etwas getrübt. Moskau sieht die Schuld beim israelischen Militär, dessen „verantwortungsloses Verhalten“ die Il-20 einem Angriff der syrischen Luftabwehr ausgesetzt habe. Israel weist die Schuld von sich und macht Damaskus für den Vorfall verantwortlich.

Der russische Präsident Wladimir Putin äußerte sich zuerst zwar verhalten und verwies auf eine „Verkettung tragischer Zufälle“. Doch zugleich machte auch er Tel Aviv für den Abschuss verantwortlich. Wenige Tage später kündigte das russische

Verteidigungsministerium die Lieferung von S-300-Luftabwehrsystemen nach Syrien an. Dies stieß in Tel Aviv nicht gerade auf Begeisterung. Die neuen Systeme sollen zudem über die sogenannte Freund-Feind-Erkennung verfügen.

Der russische Seefernaufklärer Il-20 war am 17. September spätabends durch eine syrische Abwehrrakete versehentlich getroffen worden. Alle 15 Insassen kamen dabei ums Leben. Das russische Militär machte Israel verantwortlich, dessen Kampffjets zu diesem Zeitpunkt Syrien angegriffen hatten.

Dan-news.info: Abgeordnete des Volkssowjets der DVR behandeln die Möglichkeit, den Status eines vorübergehenden Umsiedlers auf gesetzgeberischer Ebene festzulegen. Dies teilte heute die Bevollmächtigte für Menschenrechte in der DVR Darja Morosowa im Ergebnis eines Runden Tisches der zeitweiligen Kommission des Volkssowjets der DVR zur Kontrolle und Koordination der Aktivitäten in den Bezirken, die am meisten unter der militärischen Aggression von Seiten der Ukraine leiden, zu Fragen von vorübergehenden Umsiedlern. An dem Runden Tisch nahmen die stellvertretende Vorsitzende des Volkssowjets der DVR Olga Makejewa, die Vorsitzende der Kommission Jekaterina Martjanowa, Abgeordnete des Parlaments, Vertreter des Arbeits- und Sozialministeriums sowie Umsiedler aus vorläufigen Unterbringungspunkten teil.

Sie erläuterten den Abgeordneten eine Reihe von Problemen und ihre Sicht möglicher Lösungswege, insbesondere ein Gesetz, das die Rechte und Pflichten der Umsiedler festlegt. „Heute haben die Abgeordneten die Forderungen der Umsiedler gehört. Es war eine lange Liste. Aber die lösbaren Probleme, wie die Festlegung des Status des zeitweiligen Umsiedlers auf gesetzlicher Grundlage, haben die Abgeordneten heute gehört und das wird ausgearbeitet werden. Ich denke, dass dies in kurzer Zeit erarbeitet werden kann“, sagte Morosowa. Nach Angaben Morosowas befinden sich in der Republik mehr als 9500 vorübergehende Umsiedler, davon leben mehr als 2600 in vorläufigen und dauerhaften Unterbringungspunkten.

de.sputniknews.com: Konflikt mit Ungarn: Ukraine verlegt Kriegstechnik zur Grenze – „für Übung“.

Im Pass-Konflikt mit Ungarn verlegt die ukrainische Armee Schützenpanzer ins Grenzgebiet. Nach Darstellung des ukrainischen Militärs soll die Technik an einer Übung teilnehmen. Am Mittwoch haben mehrere Medien berichtet, dass die Ukraine Kriegsgerät nach Transkarpatien im äußersten Südwesten des Landes verlege. Im Netz tauchten Videos und Fotos von rollenden Schützenpanzern und weiteren Militärfahrzeugen auf, die von Augenzeugen aufgenommen sein sollen. Wie es hieß, kam die Kolonne aus Richtung Lwiw (Lemberg).

Das Wehrkommando Transkarpatien bestätigte noch am selben Tag auf Anfrage der ukrainischen Nachrichtenagentur Unian die Verlegung der Kriegstechnik in die Region. Dort soll sie am strategischen Training „Kasazkaja wolja 2018“ (dt. „Der Wille der Kosaken“) teilnehmen, das am Dienstag begonnen hat und am Samstag zu Ende gehen soll, hieß es. Der ukrainische Außenminister Pawlo Klimkin hatte in der vergangenen Woche mit der Ausweisung des ungarischen Konsuls gedroht.

Der Anlass war die angebliche Aushändigung ungarischer Pässe an ukrainische Bürger in Transkarpatien. Nach Einschätzung des Außenamtes in Kiew hat Ungarn im Transkarpaten-Gebiet bereits mehr als 100.000 Pässe verteilt. Laut Klimkin hat Ungarn damit eine „rote Linie“ überschritten.

Am Montag hat es vor dem ungarischen Konsulat in Beregowo in Transkarpatien eine Protestaktion gegeben. Die Demonstranten warfen der Regierung in Budapest vor, Transkarpatien schleichend von der Ukraine abtrennen zu wollen.

Mukatschewo, die zweitwichtigste Stadt Transkarpatiens, war 2015 in die Schlagzeilen



geraten, als Dutzende Kämpfer der ultranationalistischen Organisation „Rechter Sektor“ sich Gefechte mit den dortigen Sicherheitskräften geliefert hatten.

<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/tn3tmCknUvo" frameborder="0" allow="autoplay; encrypted-media" allowfullscreen></iframe>  
<https://youtu.be/tn3tmCknUvo>

Armiyadnr.su: Dringende Mitteilung des operativen Kommandos der DVR:

Trotz der klangvollen Erklärungen von P. Poroschenko während der UN-Generalversammlung über die russische Aggression im Donbass und seine friedlichen Absichten, terrorisieren die ukrainischen Strafruppen weiter die friedliche Bevölkerung der Republik.

Heute um 13:25 Uhr haben die Kämpfer der 36. Marineinfanteriebrigade von den Positionen im Gebiet von Talakowka das Feuer in Richtung von Wohngebieten der Ortschaft

**Kominternowo** eröffnet. Während des Beschusses wurden zwei Zivilisten, ein Mann, geb. 1957, und eine Frau, geb. 1958, im Hof ihres eigenen Hauses verletzt. Informationen über Zerstörungen werden noch ermittelt.

Wir wenden uns an die Weltgemeinschaft und die Rechtsschutzorganisationen und rufen auf, diese Verbrechen nicht ohne die nötige Aufmerksamkeit zu lassen.